Resolution
verabschiedet
vom 49. DPT

BPtK
Bundes
Psychotherapeuten
Kammer

49. Deutscher Psychotherapeutentag
13./14. November 2026 in Berlin

Prävention gemeinsam stärken – Psychische Gesundheit jetzt umfassend fördern

Immer mehr Menschen in Deutschland sind psychisch belastet oder psychisch erkrankt. Der Bedarf an Versorgungsangeboten steigt. Multiple Krisen, sozioökonomische Ungleichheit, Diskriminierung, Gewalt und anhaltende wirtschaftliche Unsicherheiten verstärken diese Belastungen zusätzlich, während die psychotherapeutische Versorgung schon heute an Kapazitätsgrenzen stößt. Ohne eine konsequente Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung droht sich diese Entwicklung weiter zu verschärfen.

Der 49. Deutsche Psychotherapeutentag (DPT) betont, dass die Psychotherapeut*innen um ihre Verantwortung für eine starke Prävention wissen, und fordert die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen auf,

- Psychische Gesundheit als zentrales Handlungsfeld der Prävention zu verankern, im Sinne einer „Mental Health in and for all Policies“ in allen Politikfeldern mitzudenken und Prävention ressortübergreifend zu koordinieren;
- das Präventionsgesetz mit psychischer Gesundheit als einem Schwerpunkt weiterzuentwickeln;
- bei der Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen der Verhältnis- und Verhaltensprävention die Expertise von Psychotherapeut*innen stärker zu nutzen;
- psychische Gesundheit in allen Lebensphasen und Lebenswelten zu stärken, vulnerable Personengruppen gezielt in den Blick zu nehmen und Maßnahmen partizipativ, barrierearm, diversitätssensibel und diskriminierungskritisch zu gestalten.
- Forschung und Qualitätssicherung zu stärken, Präventionsmaßnahmen systematisch zu evaluieren und nachweislich wirksame Angebote zu verstetigen, weiterzuentwickeln und zu verbreiten.

Die Delegierten des 49. DPT begrüßen, dass das Bundesministerium für Gesundheit mit seiner Präventionsoffensive Prävention und Gesundheitsförderung auf die politische Agenda setzt. Zugleich betonen sie, dass wirksame Prävention zwar Risiken senken, Schutzfaktoren stärken und Menschen frühzeitig unterstützen kann, das Vorhalten einer bedarfsgerechten Versorgung aber nicht ersetzt.